

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Leistung fordern - Leistung fördern
Weg vom ideologischen Gießkannenprinzip hin zu Qualitätssteigerung
in der Bildungspolitik für die Schülerinnen und Schüler von heute und
die Fachkräfte von morgen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Bildungspolitik steht heute vor einer entscheidenden Herausforderung: In einer immer heterogeneren Schülerschaft mit unterschiedlichsten Anforderungen eine qualitativ hochwertige Bildung sicherzustellen, die realistische, aber herausfordernde Bildungsziele steckt und es allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht, ihre Potenziale zu entfalten. Dabei gilt es auch auf Motivation, Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit zu setzen. Politik muss dafür die Rahmenbedingungen für die Kollegien verbessern, die in weiten Teilen an der Überlastungsgrenze arbeiten.

Eine moderne Bildungspolitik muss sich hierfür von ideologischen und pauschalen Ansätzen verabschieden und auf ein individuelleres und zielgerichtetes Fördern und Fordern setzen. Eine wirklich chancengerechte Bildungspolitik berücksichtigt die verschiedenen Bedürfnisse und erfasst Leistungsfähigkeit und Kompetenzen, ebenso wie Förderbedarfe, Standortfaktoren und besondere Herausforderungen. Darauf aufbauend stellt sie sicher, dass Ressourcen effektiv eingesetzt werden, statt sie mit der Gießkanne oder der ideologischen Brille zu verteilen.

In der angespannten Personalsituation bedarf es einerseits einer zusätzlichen Personalisierung in verschiedenen Bereichen, andererseits ist eine Bündelung der Fachkräfte in bestimmten Bereichen notwendig. Dies erfordert, dass das System bei einer grundsätzlich hohen Durchlässigkeit auch in der Lage ist, bei bestimmten Bedürfnissen homogenere Gruppen zu bilden, die gezielt auf ihren Abschluss hin vorbereitet und unterstützt werden – zum Beispiel durch Sprachförderung in Kleingruppen, die entsprechend dem Sprachstand der Lernenden auf Deutsch ausgerichtet ist.

Ausgegeben: 28.11.2024

Der bisherige Ansatz in der saarländischen Bildungspolitik greift dieses nicht auf. Auf desaströse Ergebnisse unserer Schülerinnen und Schüler in IQB- und PISA Studien gerade in den Kernfächern gibt es keinerlei nennenswerte Reaktionen. Das Saarland fällt 2022 trotz des schlechtesten PISA- Deutschlandergebnisses aller Zeiten auch noch in Relation zu den anderen Bundesländern zurück. So belegte der IQB-Bildungstrend 2022, dass saarländische Schülerinnen und Schüler beispielsweise in den Kompetenzbereichen Lese- und Hörverstehen des Faches Englisch besonders weit abgeschlagen sind. Politik kann nicht einfach zum Tagesgeschäft übergehen, wenn beispielsweise, wie im Saarland der Fall, jeder 3. Schüler bzw. jede 3. Schülerin die Mindeststandards für den Mittleren Bildungsabschluss im Fach Englisch verfehlt und sogar 20 bis 25% der Schülerinnen und Schüler die Mindeststandards im Bereich Mathematik und Orthographie nicht erreichen. Statt jedoch Schülerinnen und Schüler zielgerichtet zu fördern und fordern, setzt die SPD- Alleinregierung auf ein stetiges Absenken der Leistungsanforderungen und einer damit verbundenen Erleichterung des Zugangs zu Schulabschlüssen, wodurch deren Aussagekraft sinkt. Arbeitgeber haben dies erkannt und führen immer häufiger eigene Testverfahren ein, weil der Schulabschluss keine Auskunft mehr über die tatsächlichen Kompetenzen der Absolventinnen und Absolventen gibt.

Die SPD Alleinregierung strebt augenscheinlich ein System der Einheitsschule an, in dem Qualität sowie der Leistungsgedanke keine Rolle spielt- ein Beispiel hierfür ist nicht nur das Ausbleiben der Versetzung in den Klassenstufen 5-8 an Gemeinschaftsschulen, sondern auch die Schwerpunktsetzung in der neuen Gemeinschaftsschulverordnung, die an vielen Stellen weitere Reduzierungen des Leistungsniveaus offenlegt.

Eine solche Praxis mag zwar kurzfristig die Abbrecher- bzw. Wiederholungsquote senken und den oberflächlichen Eindruck über die saarländische Bildungspolitik für die Dauer eines KMK-Vorsitzes in verzerrt gutem Licht dastehen lassen, jedoch stellt dies langfristig keine Lösung dar, um den Lernwillen und die Leistungsbereitschaft der Schülerinnen und Schüler zu steigern.

Deshalb ist für uns klar: Es braucht unverzüglich eine Stärkung der unterschiedlichen Schulformen und Abschlüsse statt einer Einheitslösung!

Mit Blick auf die Rückmeldungen aus der Praxis und die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien wird deutlich, dass Schulen neben zusätzlichen gut qualifizierten Lehrkräften mehr Unterstützung in Form von pädagogischen Fachkräften, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Ressourcen im schulpsychologischen Dienst benötigen, um effektiv den Herausforderungen im Schulalltag begegnen zu können und die Überlastungsspirale durchbrechen zu können.

Insbesondere auch im Bereich der Sprachförderung fehlt es neben ausreichenden Ressourcen an einem Konzept, das Realitäten anerkennt und Schulen nicht länger zwingt, ihre guten Förderstrukturen unter dem Radar durchzuführen, weil sie dem ideologischen Korsett des Bildungsministeriums widerspricht. Hier herrscht enormer Handlungsdruck, weil der Erwerb einer ausreichenden Sprachkompetenz Grundvoraussetzung für den schulischen Erfolg, insbesondere in der Grundschule, aber auch in allen nachfolgenden Schulformen ist.

Auch in anderen Bereichen wird immer deutlicher, dass das Ministerium sich mit einer vorgeschobenen Betonung der pädagogischen Freiheit vor der politischen Verantwortung drückt, den Rahmen für ein leistungsförderndes Umfeld in unserem Bildungssystem zu schaffen. So gibt es beispielsweise nach wie vor kein Gesamtkonzept, wie Digitalisierung sinnvoll zu einer Verbesserung des Unterrichts eingesetzt werden soll.

Genauso fehlen Konzepte zur Stärkung der beruflichen Bildung im Allgemeinen und des beruflichen Übergangs im Besonderen. Statt Bildungsschleifen abzubauen und die Schülerinnen und Schüler schneller und besser auf eine Ausbildung vorzubereiten, hängen diese immer mehr in einer schulischen Warteschleife fest.

Gleichzeitig wird zunehmend konzeptionelle und organisatorische Arbeit auf die Kollegien übertragen. Von Schutz- und Medienkonzepten bis hin zu administrativen Aufgaben werden immer mehr Ressourcen in Zusatzaufgaben gebunden, wodurch den Fachkräften die nötige Zeit und Energie für die eigentliche Bildungsarbeit fehlt. Mangelhafte Kommunikation und zusätzlicher Dokumentationsaufwand – wie kürzlich bei der überstürzten Einführung des Leistungsbewertungserlasses – frustrieren die Kollegien zusätzlich.

Es braucht im Saarland dringend einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik und ein qualitatives, umfassendes und bedarfsgerechtes Gesamtkonzept, welches dem Grundsatz von fördern UND fordern endlich wieder Rechnung trägt. Nur so kann die Grundlage für die Fachkräfte von morgen gelegt werden, die im internationalen Wettbewerb bestehen und die Herausforderungen einer zunehmend komplexen Arbeitswelt meistern können. Dies ist umso wichtiger, da die deutsche Wirtschaft bereits jetzt unter einem eklatanten Fachkräftemangel leidet, der sich durch das Ausscheiden der „Boomer“ aus dem Arbeitsprozess noch weiter verstärken wird. Angesichts des hohen politischen Handlungsdrucks sind gezielte Maßnahmen dringend erforderlich.

Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf in einem ersten Schritt:

1. Ein Bekenntnis zum Leistungsgedanken in der Bildungspolitik abzugeben, das sich dann in konkreten politischen Entscheidungen wiederfindet.
2. Den ideologischen Kampf gegen das Sitzenbleiben zu beenden, der sich einerseits in der neuen Gemeinschaftsschulverordnung wiederfindet, aber andererseits auch im Gymnasialbereich durch das Ministerium propagiert wird. Schülerinnen und Schüler brauchen die Chance entstandene Lücken aufzuarbeiten, gern auch mit zusätzlichen Poolstunden, anstatt sie durch ein ganzes Schulleben weiterzuschleppen.
3. Keine weiteren Absenkungen der Anforderungen an Abschlüsse vorzunehmen und jüngste Entscheidungen auf den Prüfstand zu stellen. Die neue Gemeinschaftsschulverordnung setzt hier auf Rückschritt statt Fortschritt. Ziel muss es sein, unsere Schülerinnen und Schüler zu stärken, statt das Niveau zu senken. Dabei müssen, die positiven Aspekte der Gemeinschaftsschule, wie individuelle Förderung und soziale Durchlässigkeit her-

vorgehoben werden, ohne dabei den Leistungsstandard der Gemeinschaftsschule abzusenken. Als gleichwertige Schulform muss das Bildungsniveau und eine ausreichende Leitungsanforderung beibehalten werden, auch wenn dafür weitere personelle Ressourcen notwendig sind.

4. Eine gezielte Ermittlung des Fortbildungsbedarfs der Lehrkräfte vorzunehmen, damit Fortbildungen nicht länger am tatsächlichen Bedarf vorbeigehen, sondern konkret auf die Anforderungen der Lehrkräfte reagieren und echte Unterstützung für ihre tägliche Arbeit sind.
5. Mehr Kapazitäten für Schulsozialarbeit sowie Sprachförderung, als auch für den Einsatz von mehr Förderschullehrkräften freizugeben. Dieser Einsatz verschiedener Professionen kann Lehrkräfte im System unterstützen und entlasten.
6. Verpflichtende Sprachstandfeststellungen nach dem Modell Hamburgs früher zu implementieren, welche bei fehlenden Sprachkenntnissen auch zum Besuch einer Sprachmaßnahme verpflichten soll, damit die Kinder und Jugendliche schnellstmöglich auch über eine Grundlage an Sprachkenntnissen verfügen sowie über das nötige Rüstzeug.
7. Für neuankommende Schülerinnen und Schüler unabhängig ihres Alters oder der einzuschulenden Schulform entsprechende Sprachstandfeststellungen durchzuführen und bei entsprechendem Bedarf vor Eintritt in den Regelunterricht gezielt zu fördern. Dazu sollten an größeren Schulstandorten wie den Berufsbildungszentren offene Modelle der Sprachförderung, wie beispielsweise eigene Sprachzentren zum Erwerb grundlegender Deutschkenntnisse implementiert werden.
8. Zeitnah ein Gesamtkonzept in der digitalen Bildung vorzulegen, das einen sinnvollen leistungsfördernden Einsatz digitaler Medien ermöglicht, und verbindliche Leitlinien für alle Schulformen und Klassenstufen vorgibt. Hierbei soll die Landesregierung im Rahmen einer Anhörung Expertinnen und Experten aus der Bildungsforschung sowie aus der Praxis der verschiedenen Schulformen anhören und beteiligen.
9. Lehrpläne nach dem Prinzip der Klarheit auszugestalten und nicht mit Querschnittsaufgaben zu überladen. Ziel muss es sein, die Schülerinnen und Schüler in ihrer Entwicklung zu mündigen Mitgliedern der Gesellschaft zu fördern. Deshalb sind Lehrpläne so auszugestalten, dass sie auf einer klaren Wertorientierung basieren, die den Schülerinnen und Schülern hilft, entsprechende Einstellungen und Haltungen zu entwickeln. Zudem sollen sie das notwendige anschlussfähige Wissen erwerben und Kompetenzen entwickeln, die ihrem individuellen Begabungsprofil entsprechen. In den Lehrplänen soll sich ein Bekenntnis der Landesregierung zu dem Dreiklang von Wissen, Kompetenz und Haltung wiederfinden.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.